

12. VII. 1919

**Brot, Arbeit und Ordnung.**

**Notizen über Wiener Gemeindevirtschaft.**

Von Dr. Rudolf Schwarz-Hiller.

Gemeinderat der Stadt Wien.

(Siehe Nr. 19638, 19642, 19645 und 19668 der „Neuen Freien Presse“ vom 27. April, 1., 4. und 27. Mai.)

Wien, 11. Juni.

**Kommunalisierung (Municipal-Sozialismus).**

Ich weiß es wohl, es ist ein Vorurteil. Allein genug, mir ist's einmal zumider. Goethe, „Ursauf“.

I.

Die konstante, eine immer steilere Kurve verfolgende Steigerung der städtischen Monopolpreise (Straßenbahn, Gas, elektrischer Strom usw.), welche noch lange nicht abgeschlossen zu sein scheint, beginnt im Publikum allmählich eine gewisse Erregung und Besorgnis hervorzurufen. Man hat in den schrecklichen Kriegszeiten von der lösslichen Ruhe und dem glücklichen Behagen des Friedens geträumt, man hat nebst vielem anderen auch einen entschiedenen und merkbaren Abbau der Preise erwartet; aber eine furchtbare Enttäuschung folgt auf die andere, statt der erhofften Glücksepoche demokratischer Freiheit droht eine neue Zeit des Zwanges bei gleichzeitig zunehmender Desorganisation und statt der Verbilligung der Mindestlebensbedingungen unabsehbare Not und dadurch dauernde Wänderung von Zivilisation und Kultur; Resignation, Verzweiflung erfasst die Menschheit. Es scheint nichts mehr zu geben, worauf man sich noch freuen dürfte, und das Wort: „Weißt dir, daß du ein Entel bist!“ wird zum furchtbaren Wahrwort für Generationen. Man flucht seinem Schicksal, daß man als Zeitgenosse großer Zeiten und großer Geschehnisse geboren wurde und möchte gegen das Mitterleben „historischer Tage“, ach, wie gern, die Einlösnigkeit eines ruhigen, geordneten und gesicherten Arbeitslebens eintauschen. Ist doch jedem Menschen in der Ewigkeit nur ein so winzig kleines Quantum Lebenszeit zugemessen („rationiert und rayoniert“ in moderner Sprache) und alle empfinden schmerzlich die unwiederbringlichen Verluste, die Jungen, daß sie ihre Jugend verloren haben, die Leute, die im Scheitelpunkt des Lebens stehen, daß ihre Entwicklung unheilbar geknickt wurde, die Alten, daß der ihnen gegönnte lange Lebensherbst in trübe Hoffnungslosigkeit endet; von jenen, die ihre Gesundheit oder liebe Angehörige allzufrüh verloren haben, gar nicht zu reden.

Aber wie immer der Einzelnen Stimmungen sein mögen, wie begreiflich auch der Einzelnen Sorge und Plage um ihr Schicksal während eines kurzen Erdenwallens auch klingen mag, eine Gesamtheit, ein Volk darf sich nicht in stummer Resignation verlieren, es muß arbeiten und leben, es muß die furchtbarsten Zerstörungen wieder gutzumachen versuchen, es muß aufbauen und weiter kämpfen, wenn auch auf anderen Schlachtfeldern und mit anderen Waffen, als es während der letzten fünf

Jahre Gepflogenheit war. Mehr als für den Einzelnen gilt es für ein Volk: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß. Ohne Kampf ging es nie und in den urältesten Zeiten war der Kampf der Menschheit gegen die Naturkräfte wohl nicht minder schwer wie der moderne Weltkampf unter den Menschen um wirtschaftlichen Wohlstand. Der Gedanke an die Pläne der Gewalt und Unterdrückung, die jetzt in Versailles und Saint-Germain-en-Laye erlassen werden, kann vielleicht einen Augenblick lang Stimmung und Schaffensfreude trüben, aber ernstlich können wir doch an das endgültige Gelingen all der haßerfüllten Pläne nicht glauben. Völkern kann auf die Dauer nicht Gewalt angetan werden, und ein Gewaltfrieden könnte niemals faktisch verwirklicht werden, und wäre er ein duzendmal unterzeichnet.

Auch die Gemeindeverwaltung von Wien wird in den Zeiten des Wiederaufbaues, des Ueberganges und der allgemeinen Unruhe von schweren Sorgen bedrückt. Vor allem hat sich ihre Finanzlage in verhältnismäßig kurzer Zeit bedenklich verschlimmert. Für die nächste Zukunft kann es keine tröstliche Prognose geben, man sieht bloß das rasche Ansteigen der Ausgaben mit Sicherheit voraus, dem die Erhöhung der Einnahmen nur in weitem Umfange langsam nachhinken kann. Die vorübergehende Deckung der Bedürfnisse der Gemeinde durch Anleihen, welche dem gerechten Prinzip der Verteilung der Kriegslasten auf künftige Generationen entsprechen würde, findet in Balde die natürliche Grenze ihrer Möglichkeit. Besonders hart aber werden die Erwartungen jener enttäuscht, welche in der von so vielen begrüßten Errichtung von Gemeindebetrieben eine dauernde Sicherung der Gemeinde vor finanziellen Gefahren erblickten.

II.

Die freie Meinungsäußerung ist jetzt einigermaßen beschränkt. Für gewisse Fragen besteht von vornherein Voreingenommenheit, Vorurteil oder doch mindestens Befangenheit. Unsere Parteimänner aller Parteien neigen stark zu Parteidogmatik und Parteidoktrinen und verlangen für diese unbedingten Gehorsam und, was noch viel schlimmer ist, unbedingten Glauben. Die Parteien sind hierzulande unduldsamer als die Kirche. Wer seine eigene Meinung und eine freie Ueberzeugung zur Schau trägt, wird verfolgt. Auch für die Individualität auf politischem Gebiete ist jetzt keine gute Zeit; mag sie auch an sich für den Fortschritt des Volkes noch so viel bedeuten, die allgemeine geistige und politische Uniformierung wird sie zu unterdrücken versuchen. Wer selbständig denkt, wird zum mindesten nicht freudig begrüßt. Werden ihm auch nicht immer bewaffnete Männer auf die Bude rücken, so erwartet ihn doch sicherlich allgemeines Mißtrauen; wird er bloß Eigenbrötler mit „verschwommenem“ Programm genannt, hat er besonderes Glück. Zu den umstrittensten Tagesfragen gehören gegenwärtig: Vermögensabgabe, Anschluß und Sozialisierung. Wer sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigt, kann sich leicht kompromittieren und verdächtigt werden an der Souveränität des Volkes, richtiger eigentlich an der Souveränität jener, welche dem Volke ihre Meinungen vorschreiben. In diesen Fragen muß man die Doktrin irgendeiner Partei voll und ganz unterschreiben, leistet man sich in irgendeinem Punkte eine Sondermeinung, hat man alle Parteien gegen sich.

Im Wirtschaftsleben der Wiener Gemeindeverwaltung spielt jetzt die Sozialisierungsfrage eine bedeutende Rolle, und zwar sowohl oder eigentlich mehr noch bezüglich jener Betriebe, welche bereits sozialisiert oder kommunalisiert sind, als bezüglich jener, welche erst kommunalisiert werden sollen. Seitdem ich im öffentlichen Leben stehe, habe ich mich stets für das Kommunalisierungsprogramm ausgesprochen — allerdings mit gewissen Einschränkungen. Im Wirtschaftsleben gibt es keine Orthodoxie. Es müssen Einschränkungen geltend gemacht werden im Hinblick auf die Art der Betriebe, auf deren Führung sowie auf die durch die fortwährende Kommunalisierung bedingte Um-

j da  
osen  
eren  
turt  
erec  
eine  
das  
volle  
der  
igen  
ein-  
und  
ors,  
jezt  
um  
iden  
neh-  
in  
gen-  
jen.  
leste  
jerei  
rise  
daß  
tge-  
öbe  
om-  
den.